

Allgemeine Geschäftsbedingungen der WBS.LEGAL Rechtsanwalts GmbH & Co. KG

§ 1 Geltungsbereich

Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) geltend für alle Verträge mit der WBS.LEGAL Rechtsanwalts GmbH & Co. KG, Eupener Straße 67, 50933 Köln, Deutschland (nachfolgend WBS).

§ 2 Gegenstand des Vertrages

1. Gegenstand der Leistung von WBS ist die laufende rechtliche Beratung des Mandanten im Bereich des Datenschutzrechts. Die Beratungsleistung umfasst dabei insbesondere die jeweiligen Leistungen aus dem vom Mandanten vor Vertragsschluss ausgewählten Beratungs-Paket. Dabei stehen dem Mandanten die folgenden Pakete mit den jeweiligen Leistungen zur Auswahl:

Das SMART-Paket

- Erstellung und Pflege der Datenschutzerklärung für die von Ihnen angegebene Domain
- Monatliche Rechts-Updates
- Pflege und Aktualisierung der Rechtstexte
- Erstellung von Datenschutzhinweisen für Mitarbeiter
- Wöchentliche Datenschutzupdates für maximale Datenschutzkonformität

Das KOMFORT-Paket

- Erstellung und Pflege der Datenschutzerklärung für bis zu drei von Ihnen angegebenen Domains
- Monatliche Rechts-Updates
- Pflege und Aktualisierung der Rechtstexte
- Erstellung von Datenschutzhinweisen für Mitarbeiter
- Wöchentliche Datenschutzupdates für maximale Datenschutzkonformität
- Zehn zusätzliche anwaltliche Beratungsstunden pro Jahr
- Jährliche Datenschutzeschulung Ihrer Beschäftigten
- Prüfung von Rechtskonformität auf Drittplattformen (wie Social Media, Marketplaces etc.)

MAX-Paket

- Erstellung und Pflege der Datenschutzerklärung für bis zu drei von Ihnen angegebenen Domains
- Monatliche Rechts-Updates
- Pflege und Aktualisierung der Rechtstexte
- Erstellung von Datenschutzhinweisen für Mitarbeiter
- Wöchentliche Datenschutzupdates für maximale Datenschutzkonformität
- Fünfzehn zusätzliche anwaltliche Beratungsstunden pro Jahr
- Jährliche Datenschutzeschulung Ihrer Beschäftigten
- Prüfung von Rechtskonformität auf Drittplattformen (wie Social Media, Marketplaces etc.)
- Datenschutz-Zertifizierung Ihrer Beschäftigten

- Zugang zu Video-Tutorials, Schulungen, Musterschreiben & Checklisten
 - Stellung eines externen Datenschutzbeauftragten
 - DSGVO-Konformität aller internen Prozesse inkl. Audit & Prioritätenliste
2. Die vorstehenden Regelungen umfassen ausschließlich für außergerichtliche, beratende Tätigkeiten von WBS.

§ 3 Vergütung

1. Der Mandant hat für die vertragsgegenständliche Leistung eine Vergütung zu entrichten.
2. Die Vergütung richtet sich nach der vom Mandanten getroffenen Leistungsauswahl (SMART-Paket, KOMFORT-Paket oder MAX-Paket) unter Angabe der konkreten Vertragslaufzeit (12 Monate, 24 Monate oder 48 Monate) und der Auswahl einer entsprechenden Zahlungsmodalität (monatliche Zahlung oder Einmalzahlung).
3. Für das KOMFORT-Paket fällt zusätzlich eine Setup-Gebühr in Höhe von 500,00 € an.
4. Für das MAX-Paket fällt zusätzlich eine Setup-Gebühr von 2.490,00 € an.
5. Die angegebenen Preise verstehen sich in Euro zuzüglich der gesetzlich geltenden Umsatzsteuer. Diese wird am Tag der Rechnungsstellung in der jeweiligen Rechnung in gesetzlicher Höhe ausgewiesen.
6. Es besteht Einvernehmen darüber, dass die auf Stundenbasis zu berechnende Zeitvergütung von dem Wert des Gegenstandes der anwaltlichen Tätigkeit (sog. Gegenstands- bzw. Streitwert) unabhängig ist und die gesetzlichen Gebühren gemäß den Vorschriften des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes (RVG) unter- oder überschreiten kann. Der Ausgang der Sache oder der Erfolg der anwaltlichen Tätigkeit haben auf die Vergütung ebenfalls keinen Einfluss. Dem Mandanten ist bekannt, dass ein möglicher Kostenerstattungsanspruch gegen Dritte nur in Höhe der gesetzlichen Gebühren nach dem RVG besteht.

§ 4 Umfang und Ausführung des Auftrags

1. Gegenstand der an WBS – auch nach Abschluss dieses Vertrages – erteilten Aufträge ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter Erfolg. Die Aufträge werden nach den Grundsätzen gewissenhafter Berufsausübung ausgeführt. WBS ist berechtigt, sich zur Durchführung der Aufträge sachverständiger Personen zu bedienen.
2. Die Zeit der Tätigkeit von WBS ist nach freiem, aber pflichtgemäßem Ermessen zu gestalten.
3. Die Berücksichtigung des ausländischen Rechts bedarf der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung im Einzelfall.

§ 5 Vertragsschluss

1. Um die im Rahmen der Ziffer 1 dieser Bestimmungen geschilderten Leistungen von WBS in Anspruch nehmen zu können ist es erforderlich, dass der Mandant auf dem Internetauftritt von WBS unter der Überschrift „Buchen Sie jetzt Ihr Paket“ die erforderlichen Angaben vornimmt (Schritt 1 und Schritt 2).

2. Zum Absenden der eingetragenen Daten muss der Mandant auf die Schaltfläche „Jetzt kostenpflichtig beauftragen“ klicken.
3. Durch den Klick auf die Schaltfläche „Jetzt kostenpflichtig beauftragen“ gibt der Mandant ein rechtsverbindliches Angebot zum Abschluss eines Vertrages ab.
4. Der Mandant versichert durch Anklicken des Buttons „Jetzt kostenpflichtig beauftragen“, dass die gemachten Angaben vollständig und wahr sind. Zudem bestätigt er unter der von ihm angegebenen E-Mail-Adresse und Telefonnummer erreichbar ist.
5. Der Mandant erklärt sich damit einverstanden, unter der angegebenen E-Mail-Adresse kontaktiert zu werden, um Einzelheiten zu den Registrierungsdaten zu klären, insbesondere bei Zweifeln oder Unstimmigkeiten.
6. Der Mandant versichert, dass er die ausgewählte Leistung ausschließlich zu gewerblichen oder selbstständig beruflichen Tätigkeiten in Anspruch nimmt. Bei Aufforderung durch WBS muss der Mandant einen Nachweis seiner Unternehmereigenschaft durch geeignete Unterlagen in deutscher Sprache nachweisen.
7. Nach Absenden der eingetragenen Daten durch den Mandanten erhält dieser von WBS eine Eingangsbestätigung an die von ihm angegebene E-Mail-Adresse. Diese Eingangsbestätigung stellt noch keine verbindliche Annahme des Vertragsangebots dar. Der Vertrag zwischen WBS und dem Mandanten kommt erst zustande, wenn WBS das Angebot des Mandanten mit einer gesonderten Annahmeerklärung annimmt oder die ausgewählten Leistungen bereitstellt.
8. Der mit dem Mandanten zustande gekommenen Vertrag auf der Grundlage vorliegender AGB stellt alleine die Basis für die Rechtsbeziehungen zwischen den Vertragsparteien dar. Mündliche Zusagen und vor Vertragsschluss erfolgte Abreden zwischen den Vertragsparteien werden durch den geschlossenen Vertrag ersetzt.

§ 6 Vertragsdauer

1. Die Vertragslaufzeit richtet sich nach der vom Mandanten getroffenen Auswahl. Es kann zwischen einer Vertragslaufzeit von einem Jahr, zwei Jahren oder drei Jahren ausgewählt werden. Die Vertragslaufzeit beginnt mit dem formellen Vertragsbeginn.
2. Der Vertrag verlängert sich um ein weiteres Jahr, wenn er nicht von einer der beiden Vertragsparteien mit einer Frist von drei Monaten vor Ende der jeweiligen Laufzeit gekündigt wird.
3. Die Kündigung bedarf der Schriftform.
4. Nach Vertragsbeendigung enden sämtliche Nutzungsrechte des Mandanten an den Rechtstexten für die vertragsgegenständliche Domain. Es wird die Verbindung zwischen der Schnittstelle und dem Plug-In aufgehoben, wodurch keine Rechtstexte mehr auf dem Internetauftritt des Mandanten angezeigt werden. Der Mandant trägt ab Vertragsbeendigung die alleinige Verantwortung für die Bereitstellung der rechtlich erforderlichen Rechtstexte auf der vertragsgegenständlichen Domain.

§ 7 Mitwirkungspflichten des Mandanten

Im Zusammenhang mit diesem Mandat verpflichtet sich der Mandant insbesondere zu folgendem:

1. Der Mandant beachtet die von WBS gegebenen Hinweise für die Installation des Plug-Ins und die Einbindung der Rechtstexte und wird die Installation und Einbindung dementsprechend vornehmen. Er verpflichtet sich weiter, das Plug-In jeweils aktuell zu halten und stets in der aktuellen zur Verfügung gestellten Version zu verwenden.
2. Der Mandant verpflichtet sich, die von WBS im Zusammenhang mit der Erstellung der Rechtstexte gestellten Fragen zur Internetpräsenz und zum Unternehmen des Mandanten wahrheitsgemäß und vollständig zu beantworten und diese Angaben während der Vertragslaufzeit stets wahrheitsgemäß, vollständig und aktuell zu halten. WBS überprüft diese Angaben nicht auf Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität. Es obliegt allein dem Mandanten, WBS über relevante Änderungen in seinem Unternehmen oder auf seinem Internetauftritt zu informieren. Das damit verbundene rechtliche Risiko trägt der Mandant.
3. Der Mandant verpflichtet sich, die im Rahmen der Einrichtung zu beantwortenden Fragen wahrheitsgemäß und vollständig zu beantworten. Maßgeblich für die Erstellung der Datenschutzerklärung sind die Angaben des Mandanten, der alle von ihm in Anspruch genommenen Leistungen vollständig anzugeben hat.
4. Der Mandant beachtet ferner die von WBS in den Kategorien grün, gelb und rot gekennzeichneten Erläuterungen und Warnhinweise zu den einzelnen von ihm genutzten Diensten. Dem Mandanten ist insbesondere Folgendes bekannt:
 - a. Die Nutzung von Diensten, die nach Einschätzung von WBS (noch) nicht in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Datenschutzbestimmungen genutzt werden können (Kategorien gelb und rot), erfolgt auf eigene Gefahr und in der alleinigen Verantwortung des Mandanten.
 - b. Der Mandant ist nicht berechtigt, die Aufnahme eines Dienstes oder die Änderung der Kategorie eines Dienstes zu verlangen,
 - c. WBS ist berechtigt, die Kategorisierung der Dienstleistungen anzupassen, wenn dies aufgrund von Veränderungen erforderlich ist. Dies ist der Fall, wenn
 - i. sich die Rechtslage, insbesondere in Form der Änderung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen, der Rechtsprechung oder der relevanten behördlichen Verkündungen oder Entscheidungen, maßgeblich der Aufsichtsbehörden für den Datenschutz oder
 - ii. sich die Tatsachenlage, insbesondere durch den Wechsel von Diensteanbieters oder einer Änderung des Unternehmenssitzes, der Art, des Umfangs oder des Zwecks der Verarbeitung personenbezogener Daten sowie der Übermittlung der Daten in ein Drittland, ändert.
5. Der Mandant verpflichtet sich, die Rechtstexte nur in den Internetauftritt einzubinden, der unter der bei Vertragsanschluss vom Mandanten angegebenen Domain erreichbar ist. Jede darüberhinausgehende Nutzung ist untersagt und berechtigt WBS, den Vertrag außerordentlich zu kündigen und einen entsprechenden Schadensersatz zu fordern. Eine Weitergabe der Rechtstexte und/oder eine Nutzung nach Beendigung dieses Vertrages ist nicht gestattet.

6. Der Mandant unterstützt WBS bei der Fehleranalyse und/oder Fehlerbeseitigung. Eine entsprechende Unterstützung erfolgt insbesondere durch eine umfassende Information, konkrete Beschreibung des auftretenden Problems sowie der Gewährung der notwendigen Zeit und Gelegenheit zur Behebung des Fehlers.

§ 8 Ausschlussklausel

Die Parteien vereinbaren, dass die Vorschriften des § 312i Abs. 1 Nr. 1 – 3 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) für den zwischen Ihnen geschlossenen Vertrag keine Anwendungen finden. Der Mandant erklärt sich ausdrücklich mit dieser Abbedingung einverstanden. WBS ist nicht verpflichtet, dem Kunden Informationen über die wesentlichen Merkmale der Ware oder Dienstleistung in dem angegebenen Umfang zur Verfügung zu stellen, wie es nach den vorgenannten Vorschriften erforderlich wäre.

§ 9 Urheberrecht

Die Rechtstexte sind urheberrechtlich geschützt und dürfen von dem Mandanten in der Vertragslaufzeit in dem eingeräumten Rahmen, insbesondere nur auf der vertraglich eingeräumten Domain, verwendet werden. Es ist nicht gestattet, die Rechtstexte zu vervielfältigen, an Dritte weiterzugeben, zu bearbeiten und/oder nach Vertragsbeendigung zu verwenden.

§ 10 Datenschutzhinweise

Der Schutz personenbezogener Daten des Mandanten ist uns ein wichtiges Anliegen. Zur Aufklärung und Information des Mandanten ist diesem Vertragswerk ein entsprechender Datenschutzhinweis beigelegt.

§ 11 Haftungsbeschränkung

Die Haftung von WBS aus dem mit dem Mandanten bestehenden Mandat auf Ersatz eines durch einfache Fahrlässigkeit verursachten Schadens ist auf 2.500.000,00 EUR beschränkt. Diese Haftungsbeschränkung gilt nicht bei grob fahrlässiger oder vorsätzlicher Schadensverursachung, ferner nicht für eine Haftung für schuldhaft verursachte Schäden wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit einer Person.

Die vorgenannte Haftungssumme wird durch das Vorhandensein einer jeweiligen Pflichtversicherung für Rechtsanwälte abdeckt.

Die vorstehende Haftungsbeschränkung gilt auch für Pflichtverletzungen durch die Angestellten, Vertreter und Erfüllungsgehilfen von WBS.

Weiterführende Haftungsansprüche werden ausdrücklich ausgeschlossen.

§ 12 Verschwiegenheitspflicht

Die Verschwiegenheitspflicht des Rechtsanwalts stellt eine der Grundvoraussetzungen für die Tätigkeit des Rechtsanwalts dar. Sie ist nicht nur in § 43 a II BRAO als Berufspflicht ausdrücklich

normiert, sondern nach § 203 Abs. 1 Nr. 3 StGB als Rechtsgut strafrechtlich geschützt. Im Rahmen der elektronischen Kommunikation zwischen Rechtsanwalt und Mandant muss deswegen die Übermittlung von Daten durch eine geeignete Verschlüsselung geschützt sein. Ansonsten besteht die Möglichkeit, dass übersandte Daten von Dritten abgefangen und gelesen werden können. Im Ergebnis muss sichergestellt werden, dass das Recht auf informelle Selbstbestimmung des Mandanten gegenüber dem unbefugten Zugriff Dritter und des Staates geschützt und damit ein sorgsamer Umgang mit den Daten des Mandanten gewährleistet wird.

Der Mandant wünscht in Kenntnis der vorstehenden Gefahren ausdrücklich die Übermittlung von Daten per E-Mail ohne weitere Sicherungsmaßnahmen und erklärt mit seiner Unterschrift gegenüber WBS, dass er die Übermittlung von personenbezogenen Daten und Unternehmensdaten an die gegenüber WBS mitgeteilte E-Mail-Adresse ohne weitere Sicherungsmaßnahmen und insbesondere unter Verzicht auf eine Verschlüsselung wünscht.

Gleichzeitig erklärt er, dass er ausdrücklich auf die Gefahren des ungeschützten E-Mailverkehrs hingewiesen worden ist. Diese Erklärung kann jederzeit schriftlich für die Zukunft widerrufen werden.

§ 13 Anwendbares Recht, Ort der Leistung

1. Für die Aufträge, ihre Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.
2. Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Auftragnehmers.

§ 14 Vertragsänderung

Änderungen des geschlossenen Vertrages, Ergänzungen und Nebenabreden bedürfen der Schriftform. Sofern einzelne Bestimmungen des Vertrages unwirksam sein sollten oder werden sollten oder der Vertrag Lücken enthält, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt.